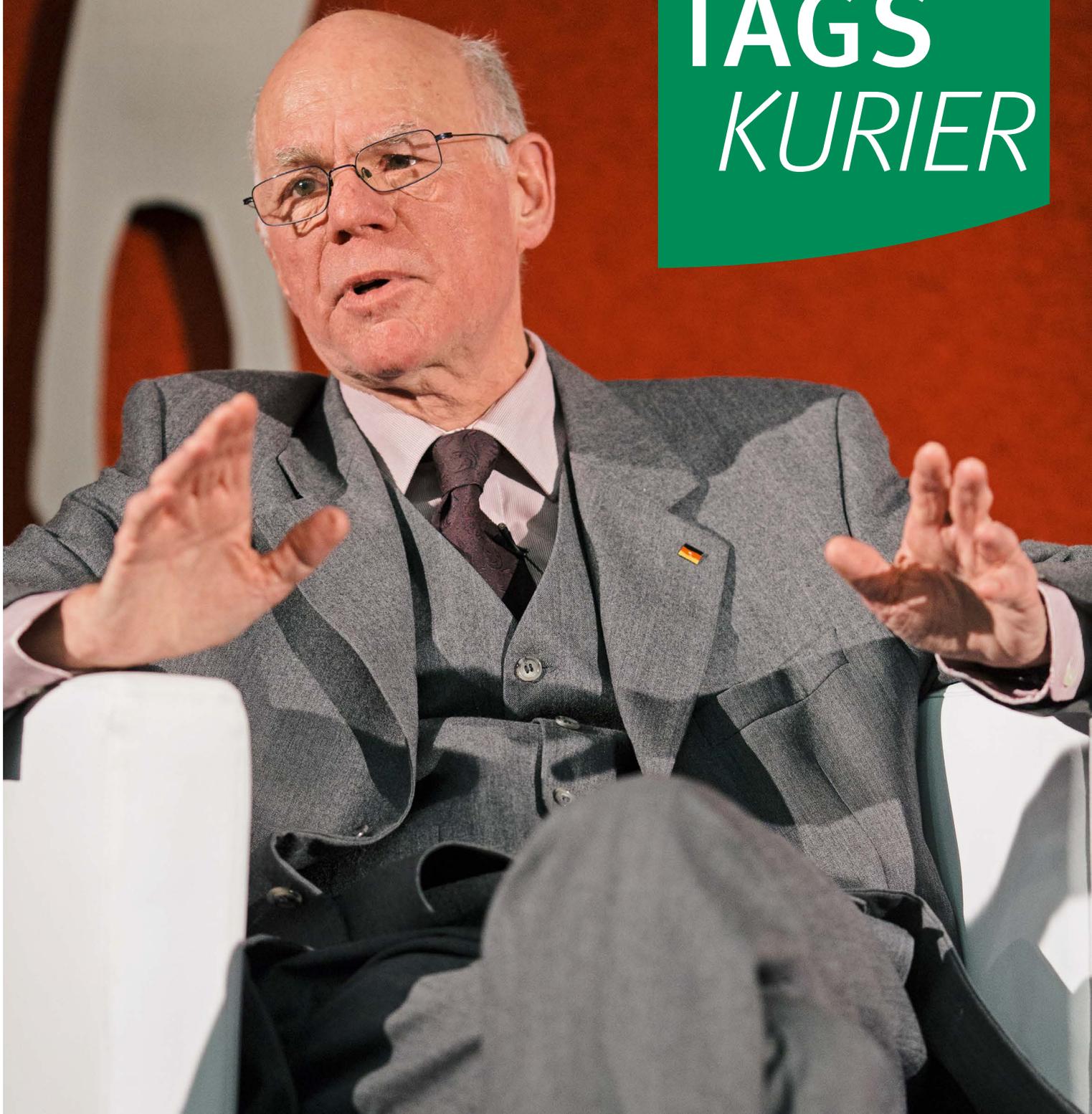


LAND TAGS KURIER



Seite 4:
20 Jahre
Deutsch-Tschechische
Erklärung



Seite 13:
Veranstaltung zum
Gedenken an die Opfer
des Nationalsozialismus



Seite 16:
Prof. Dr. Norbert Lammert
beim Gesprächskreis im
Ständehaus

Ausgabe

1.17



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

wir brauchen eine kraftvolle Politik, die Stabilität erhält und den Wandel aktiv gestaltet. Diese Forderung habe ich beim Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag ganz in den Mittelpunkt meiner Rede gestellt. Angesichts des gegenwärtigen Zeitenbruchs voller äußerer und innerer Unsicherheiten gilt mein Appell gleichermaßen für Sachsen wie für Deutschland. Stabilität im Wandel erhalten, das ist auch ein Motto für Europa. Ein zentraler Faktor hierfür ist eine gute Nachbarschaft. Das kam in der Aktuellen Debatte anlässlich des 20. Jahrestages der Deutsch-Tschechischen Erklärung zum Ausdruck. Sie dokumentiert beispielgebend ein Versöhnungswerk zwischen zwei Staaten, das auch in Zukunft vor der Geschichte bestehen wird.

Dem Umgang mit der eigenen Vergangenheit war wie jedes Jahr der 27. Januar gewidmet. An diesem Tag, dem Internationalen Holocaust-Gedenktage, erinnern wir an die Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Der Sächsische Landtag und die Sächsische Staatsregierung luden aus diesem Anlass zu einer Gedenkstunde in den Plenarsaal ein. Hier sprach mit Jacek Zieleniewicz eine beeindruckende Persönlichkeit zu uns. Unsere Gäste, darunter viele Schülerinnen und Schüler, folgten sichtlich ergriffen seinen eindringlichen Worten. Der Pole Jacek Zieleniewicz, der als junger Mann die Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau und Dautmergen überlebte, lebt heute die Versöhnung und sieht sich in Deutschland als Freund unter Freunden.

Ich empfinde das als sehr ermutigend, erst recht in einer Zeit, in der wieder Feindbilder erstarken und Feindseligkeiten zurückkehren. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert rief daher am 31. Januar beim Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus zu einem respektvollen Umgang im politischen Streit auf. Schließlich habe Deutschland während der Weimarer Republik die Selbstdemontageeffekte einer parlamentarischen Demokratie erlebt, die Freund-Feind-Verhältnisse im Politischen auslösen können. Heute haben wir in Deutschland keine »Weimarer Verhältnisse«. Aber wir sehen uns Herausforderungen gegenüber, denen unsere Demokratie standhalten muss. Geschichte wiederholt sich nicht und die Deutschen haben aus ihrer Geschichte gelernt. Das müssen wir im Hier und Heute genauso beweisen wie in Zukunft.

Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

48. Sitzung des Sächsischen Landtags Europa basiert auf guter Nachbarschaft Zum 20. Jahrestag der Deutsch-Tschechischen Erklärung	4
---	---

Hintergrundinformation zur Deutsch-Tschechischen Erklärung	6
---	---

48. Sitzung des Sächsischen Landtags Strompreise runter! DIE LINKE: Benachteiligung Ostdeutschlands bei den Strom-Netzentgelten beenden	7
--	---

49. Sitzung des Sächsischen Landtags Kinder stärken, Kommunen entlasten CDU und SPD: Konsequente Umsetzung des neuen Unterhaltsvorschlusses	8
--	---

49. Sitzung des Sächsischen Landtags Wie sicher sind die Bürger in Sachsen? AfD beklagt geringe Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen	10
--	----

AKTUELLES

Landtagspräsident ruft zu einer kraftvollen Politik auf, die Stabilität erhält und den Wandel gestaltet Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag	12
--	----

»Ich hätte nie gedacht, in Deutschland Freunde zu finden.« Gedenkstunde am 27. Januar im Sächsischen Landtag	13
--	----

»Respektvoller Umgang im politischen Streit« Vortrag und Gespräch beim Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus	16
--	----

SONDERTHEMA

»Bürger und Demokratie« – Legitimation	18
--	----

AUSSTELLUNG

HALTUNGEN Positionen sächsischer Fotografie der Gegenwart	20
--	----

GESCHICHTE

»3. Kisten, in welche das Archiv eingepackt war.« Der Meißner Stiftssyndikus Dr. Pauli übernimmt die Geschäftsführung des Ersten Corpus auf dem Landtag 1817/1818	22
--	----

SERVICE

Weitere Informationen	24
-----------------------------	----

// Titelmotiv: Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert
beim Gesprächskreis im Ständehaus // Foto: O. Killig

Nachbarschaft Deutschland – Tschechien, Netzentgelt-Folgen, Unterhaltsvorschuss



Foto: O. Killig

// In der 48. Sitzung des Sächsischen Landtags standen unter anderem eine Aktuelle Debatte zum 20. Jahrestag der Deutsch-Tschechischen Erklärung und eine Diskussion zu Folgen des Netzentgelt-Modernisierungsgesetzes für die ostdeutschen Länder auf der Tagesordnung. Die 49. Plenarsitzung widmete sich unter anderem den Themen der Umsetzung des neuen Unterhaltsvorschlusses sowie der Gefahr und der Aufklärungsquote von Wohnungseinbrüchen. //



Fotos: S. Giersch

Europa basiert auf guter Nachbarschaft

Zum 20. Jahrestag der Deutsch-Tschechischen Erklärung

Uwe Nösner

// Einen Schwerpunkt der 48. Sitzung des Sächsischen Landtags am 1. Februar 2017 bildete die Aktuelle Debatte zum Thema »20. Jahrestag der Deutsch-Tschechischen Erklärung – Europa basiert auf guter Nachbarschaft«. Beantragt hatten sie die Fraktionen CDU und SPD. Lesen Sie dazu auch die Hintergrundinformationen auf Seite 6. //

Marko Schiemann, CDU, erinnerte daran, dass die Initiatoren der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 auch unter jenen zu suchen gewesen seien, die 1989 die Samtene Revolution und in Deutschland die friedliche Revolution auf den Weg gebracht hätten. Damals sei das Fundament für ein besseres Verständnis unserer Nachbarländer gelegt worden. Die Deutsch-Tschechische Erklärung bezeichne einen Neubeginn der Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik. Zum ersten Mal sei über Krieg, die Okkupation der Tschechoslowakei, Zwangsarbeit und die Opfer des Nationalsozialismus, aber auch über die Vertreibung der Sudetendeutschen auf Augenhöhe gesprochen worden. Das beiderseitige Schuldbekenntnis

habe den Weg zur Versöhnung frei gemacht und bilde damit ein Fundament für alle nachfolgenden Generationen.

Gemeinsame Geschichte

Harald Baumann-Hasske, SPD, beurteilte es als falsch, die Erklärung als Ausgangspunkt des deutsch-tschechischen Verhältnisses zu bezeichnen. Dieses Verhältnis habe es in einer gemeinsamen Kulturgeschichte längst gegeben. Dazu seien dann allerdings die traumatischen Erfahrungen mit dem national-

sozialistischen Staat gekommen, der seinen Nachbarn 1938 überrollt und eine Schreckensherrschaft errichtet habe. Wie die DDR sei die Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg ein Satellitenstaat der Sowjetunion geworden und habe später auch eine wichtige Rolle beim Fall des Eisernen Vorhangs gespielt. Bereits 1992 habe es den Vertrag über gute Nachbarschaft gegeben. Der eigentliche Gegenstand der Erklärung sei es gewesen, die Wahrheit zu sagen. Beide Seiten hätten sich dazu bekannt, was ihre Nationen an Leid verursacht und selbst erlitten hatten.

Von den Bürgern gelebt

Heiko Kosel, DIE LINKE, betonte, dass die durch die Erklärung ins Werk gesetzten Einrichtungen des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums und des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds Gutes geleistet hätten. Der Geist der Erklärung werde allerdings nur von den Bürgerinnen und Bürgern beiderseits der Grenze uneingeschränkt gelebt. Auf die Regierung, die damals die Unterschrift geleistet habe, und die Fraktionen, von denen sie getragen worden sei, treffe das nicht in dem Maße zu. Selten sei ein zwischenstaatliches Dokument von Vertretern einer Vertragsseite – in diesem Falle mit dem Parteibuch der CDU/CSU – derartig ignoriert und konterkariert worden wie die



// Marko Schiemann

// Heiko Kosel

// Harald Baumann-Hasske

// Karin Wilke

// Dr. Claudia Maicher

Deutsch-Tschechische Erklärung. Das Beharren auf dem Heimatrecht der Sudetendeutschen und die Infragestellung der Nachkriegseigentumsordnung seien durchaus geeignet gewesen, bei den tschechischen Partnern Misstrauen zu erwecken.

Eine schwierige Geburt

Die Deutsch-Tschechische Erklärung, so Karin Wilke, AfD, sei eine schwierige Geburt gewesen. Viele Zeitbeobachter hätten eine Quelle fortwährender Querelen befürchtet. Stattdessen seien aus belauernden Verhandlungen tatsächlich Gespräche geworden. Sachsen und Tschechen seien angekommen im Alltag guter Nachbarschaft. Die Autobahn nach Prag sei eröffnet. Auch die Eisenbahn Berlin – Dresden – Prag über Wien auf den Balkan nehme konkretere Formen an. Von Beginn an habe sich die Euroregion Neißة mächtig ins Zeug gelegt, um das Dreiländereck

attraktiv zu machen. Höhepunkt sei nun die Bewerbung von Polen, Tschechien und Deutschland für die Olympischen Winterspiele 2030. Wie in allen Familien gebe es aber auch einmal Streit. So führten die Grünen einen Glaubenskrieg gegen die Elbe als Schifffahrtsweg. Deutschland sollte aber den Wunsch Tschechiens auf einen ungehinderten Zugang zu internationalen Gewässern respektieren.

Die Zukunft im Blick

Wie Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, ausführte, hätten Deutschland und Tschechien in der Erklärung nicht nur den Status quo der Beziehungen vor 20 Jahren festgehalten, sondern den Blick zugleich auch in die Zukunft

gerichtet. Beide Seiten hätten damit einen Prozess des Austausches zwischen den Menschen und in der Zivilgesellschaft angestoßen. Dabei sei die Gründung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds von ganz besonderer Bedeutung gewesen. Seitdem seien mehr als 9.400 kleine und große Projekte realisiert worden: Sprachaustausche, Gemeindepartnerschaften, Geschichts- und Politikdiskurse, soziale Projekte und Umweltschutzinitiativen, Stipendien, Austausch von Künstlerinnen und Künstlern. Auch jenseits des Zukunftsfonds gebe es noch viele andere Themen, bei denen es wichtig sei, sie gemeinsam grenzüberschreitend zu besprechen, zum Beispiel in der Umweltpolitik, beim Hochwasserschutz, aber eben auch beim Braunkohleausstieg.

Ein Herzensanliegen

Abschließend hob Dr. Fritz Jaeckel, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, hervor, dass die Wiedervereinigung ohne die östliche Nachbarschaft politisch nicht denkbar sei. Schon aus diesem Grund sollte es uns ein Herzensanliegen sein, diese Nachbarschaft besonders zu pflegen. Die Deutsch-Tschechische Erklärung habe die Grundlage dafür geschaffen, eine konkrete und dynamische Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten und Nachbarregionen zu gestalten. Sie habe die Menschen zusammengebracht. Im Juni 2017 jähre sich die Tätigkeit des sächsischen Verbindungsbüros in Prag zum fünften Mal. Am 23. Mai werde eine gemeinsame Kabinettsitzung im Palais Liechtenstein stattfinden, wo die Deutsch-Tschechische Erklärung 1997 unterzeichnet worden sei. Auch bei dieser Gelegenheit werde die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit im Interesse der Regionen, der Menschen und der Unternehmen ein Thema sein.



Die Wiedervereinigung war ohne die östliche Nachbarschaft politisch nicht denkbar.

// Dr. Fritz Jaeckel

48. Sitzung des Sächsischen Landtags





PLENUM

Hintergrundinformation zur Deutsch-Tschechischen Erklärung

48. Sitzung des Sächsischen Landtags

Die Deutsch-Tschechische Erklärung ist ein grundlegendes Dokument der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik von 1997, in dem beide Seiten erklären, dass sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten würden (Punkt 4 der Erklärung). Der am 21. Januar 1997 von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Klaus Kinkel sowie Premierminister Václav Klaus und Außenminister Josef Zieleniec in Prag unterzeichneten Erklärung stimmten sowohl der Deutsche Bundestag als auch das tschechische Parlament zu.

Zur Vorgeschichte

Nach den Umwälzungen 1989/90 mit der tschechoslowakischen Samtenen Revolution und der Vereinigung der beiden deut-

// Die Deutsch-Tschechische Erklärung hat anlässlich ihres 20. Jahrestages in der 48. Sitzung des Sächsischen Landtags auf der Tagesordnung gestanden. Lesen Sie dazu folgende Hintergrundinformation. //

schen Staaten wurde 1992 ein Nachbarschaftsvertrag geschlossen, in dem unter anderem das Recht der jeweiligen Minderheiten, also der Deutschen in der Tschechoslowakei sowie der Tschechen und Slowaken in Deutschland, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, festgeschrieben wurde. Nach der friedlichen Auflösung der Tschechoslowakei zum 1. Januar 1993 stellte Tschechien im Januar 1996 ein formelles EU-Beitrittsgesuch.

Zum Inhalt

Die Erklärung besteht aus einer Präambel und acht Punkten. Punkt 1 hebt auf die Weiterentwicklung der Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft ab.

In Punkt 2 wird deutsches Bedauern ausgedrückt über das Münchner Abkommen von 1938, die Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik sowie die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. In Punkt 3 wird tschechisches Bedauern über Leid und Unrecht durch die zwangsweise Aussiedlung, Enteignung und Ausbürgerung der Sudetendeutschen zum Ausdruck gebracht. Zentral ist der eingangs erwähnte Punkt 4. Im Punkt 7 wird die Einrichtung eines Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, im Punkt 8 die Weiterführung der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission sowie die Einrichtung eines Diskussionsforums vereinbart.

// Helmut Kohl (l.) und Václav Klaus (r.) unterzeichnen am 21.1.1997 im Liechtenstein-Palais in Prag die Deutsch-Tschechische Erklärung. Foto: picture-alliance / dpa

Die Folgen

Die Europäische Union begrüßte die Erklärung. Der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds wurde 1997 als Stiftungsfonds mit Sitz in Prag gegründet. Der Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union erfolgte mit der Osterweiterung zum 1. Mai 2004. Anlässlich des 20. Jahrestages der Deutsch-Tschechischen Erklärung betonten der tschechische Außenminister Lubomir Zaoralek und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bei einem Treffen in Berlin, dass sich die tschechisch-deutschen Beziehungen seit 1997 stark verbessert hätten. Der tschechische Außenminister war der letzte offizielle Gast von Frank-Walter Steinmeier vor dessen Abschied als deutscher Chefdiplomats. Dies sei für ihn eine Ehre, sagte Zaoralek nach dem Treffen.



www.czech.cz



www.wikipedia.org



PLENUM

// Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE haben die Strompreise auf der Tagesordnung der 48. Sitzung des Sächsischen Landtags am 1. Februar 2017 gestanden. Sie forderte, die jahrelange Benachteiligung Ostdeutschlands bei den Strom-Netzentgelten zu beenden und die Energiewende nicht länger zu gefährden. Den Hintergrund bildete das vom Bundeskabinett beschlossene Netzentgelt-Modernisierungsgesetz. //

48. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: marcus_hofmann / Fotolia

Strompreise runter!

Uwe Nösner

Eingangs erklärte Marco Böhme, DIE LINKE, dass nicht die erneuerbaren Energien, sondern die fossilen Energieträger die Preistreiber darstellten. Er fordere daher die Einleitung des Kohleausstiegs, den Abbau von Überkapazitäten und damit die Senkung der Kosten. Nico Brünler, ebenfalls DIE LINKE, fügte hinzu, dass von der seitens der Bundesregierung auf Eis gelegten Angleichung der Netzentgelte und deren solidarischer Finanzierung der Osten überproportional profitiert hätte. Hier seien die Entgelte doppelt so hoch wie in Bayern oder Nordrhein-Westfalen. Wie auch Lars Rohwer, CDU, hervorhob, brauche Sachsen stabile, wettbewerbsfähige Energiekosten für sächsische Unternehmen. Deshalb setze sich der Freistaat Sachsen, allen voran Ministerpräsident Stanislaw Tillich, aber auch Wirtschaftsminister Martin Dulig, intensiv für ein bundeseinheitliches Übertragungsnetzentgelt ein. Damit würden die regionalen Unterschiede zwar nicht völlig abgeschafft, aber zumindest reduziert.



// Marco Böhme // Foto: S. Giersch

Ein Gerechtigkeits-Thema

Netzentgelte, so Jörg Vieweg, SPD, müssten bundesweit umgelegt werden, denn von der Energiewende profitiere die gesamte Republik. Sie seien für seine Fraktion ein Gerechtigkeits-Thema. Ihm zufolge sollte aus den Ländern heraus weiter Druck ausgeübt werden. Die Haltung eines Jammer-Ossis sei dabei allerdings völlig fehl am Platz. Er formuliere die Forderung nach der längst überfälligen Angleichung der Netzent-

DIE LINKE: Benachteiligung Ostdeutschlands bei den Strom-Netzentgelten beenden

gelte aus einer Position der Stärke und nicht der Schwäche heraus. In den ostdeutschen Bundesländern, so Jörg Urban, AfD, hätten wir heute die moderneren Netze, aber dafür höhere Abschreibungskosten. Auch in den westdeutschen Ländern müssten die Netze mittelfristig saniert werden, sodass auch dort mit ähnlich hohen Netzentgelten zu rechnen sei. Zugleich bezeichnete er die planwirtschaftliche, dem kleinen Mann aufgezwungene Energiewende als den Kern einer verlogenen Debatte und damit als die wahre Benachteiligung Ostdeutschlands.

Transparenz herstellen

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, hielt fest, dass sich das Thema nicht für Wahlspielchen und Haltet-den-Dieb-Geschrei eigne. Wer die Netzentgelte neu strukturieren wolle, der müsse sich zu-

erst um die nötige Transparenz der Kostenstruktur bemühen. Dann müsse eine Energiepolitik betrieben werden, die überdimensionierten Netzausbau und fossile Überkapazitäten vermeide. Dieser Beitrag sollte in Sachsen geleistet werden, bevor nach bundesweiter Solidarität gerufen werde. Abschließend kritisierte auch Wirtschaftsminister Martin Dulig die seit Jahren höheren Netzentgelte für Stromkunden in den ostdeutschen Bundesländern. Die Energiewende sei eine gesamtdeutsche Aufgabe, die nicht zulasten der Verbraucher und der Wirtschaft im Osten gehen dürfe. Das im Bundeskabinett beschlossene Netzentgelt-Modernisierungsgesetz sei daher aus ostdeutscher Sicht eine herbe Enttäuschung.



www.landtag.sachsen.de



PLENUM

Foto: S. Giersch

Uwe Nösner

Kinder stärken, Kommunen entlasten

CDU und SPD: Konsequente Umsetzung des neuen Unterhaltsvorschussgesetzes

// Einen Schwerpunkt der 49. Sitzung am 2. Februar 2017 bildete eine von den Fraktionen CDU und SPD beantragte Aktuelle Debatte. Sie stand unter dem Titel »Kinder stärken, Kommunen entlasten, Unterhaltsschuldner heranziehen – Das neue Unterhaltsvorschussgesetz konsequent umsetzen«. Die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes 2017 tritt zum 1. Juli in Kraft. Sie erweitert die Bezugsberechtigung (künftig bis 18 Jahre) und die Bezugsdauer (länger als sechs Jahre) und soll Kinderarmut vermeiden helfen. //

Das Jahr 2017, so Alexander Krauß, CDU, werde ein gutes Jahr für alleinerziehende Väter und Mütter und ihre Kinder im Freistaat und in Deutschland sein, weil ein neues Unterhaltsvorschussrecht eingeführt werde. Der Unterhaltsvorschuss sei aber kein Freibrief für zahlungsunwillige Väter. Der Staat müsse das Geld konsequent von Rabenvätern zurückholen, die nicht zahlen wollten. Für das Eintreiben seien die Kommunen zuständig. Wenn man die Statistiken anschau, werde klar, dass da noch einige Aufgaben

vor den Kommunen lägen. Die Rückholquoten müssten deutlich erhöht werden. Es gehöre zur Verantwortung für den Steuerzahler, der mit seinem Geld den Staat und auch den Unterhaltsvorschuss finanziere, dass man das Geld zurückhole.

Gute Entscheidung

Juliane Pfeil-Zabel, SPD, würdigte die Reform des Unterhaltsvorschusses als eine gute und sinnvolle Entscheidung. Nicht jedes Kind könne in einer glücklichen Partnerschaft aufwachsen. Kinder seien bei

Trennungen in der Regel die Leidtragenden. Die Anpassung der bisherigen Regelungen zum Unterhaltsvorschuss an die Lebenswirklichkeit sei eine Notwendigkeit. Der Unterhaltsvorschuss sei keine reine Sozialleistung, sondern eine familienpolitische Leistung für die Kinder von Alleinerziehenden. Pfeil-Zabel ging auch auf das Thema Rückforderungen ein. Solange sehr viele Unterhaltspflichtige im Niedriglohnbereich tätig seien, würden die Rückholquoten nicht wirklich zu optimieren sein. Es könne nur dann mehr Leistungsfähigkeit von Müttern und Vätern erwar-

tet werden, wenn in Sachsen höhere Löhne gezahlt würden. Ihr Fraktionskollege Henning Homann bezeichnete die mit der Reform zur Verfügung gestellten 350 Millionen Euro als gut investiertes Geld.

Belastung der Kommunen

Nach Auffassung von André Schollbach, DIE LINKE, drohten den Kommunen mit dem neuen Unterhaltsvorschussgesetz erhebliche Mehrbelastungen. So rechne etwa das Fraunhofer-Institut mit einer Zunahme der

Leistungsbezieher von derzeit rund 450.000 auf 710.000. Die Kommunen gingen gar von einer Verdoppelung der Fallzahlen aus. Die Folge sei ein massiver Anstieg von Personal- und Arbeitsplatzkosten und auch der Leistungsausgaben für den Unterhaltsvorschuss in den Kommunen. Allein die Kosten für die damit verbundenen zusätzlichen Verwaltungsaufgaben würden vom Deutschen Städtetag auf einen dreistelligen Millionenbetrag geschätzt. Seine Fraktion schliesse sich ausdrücklich der Forderung des Deutschen Städtetages nach einem vollständigen Ausgleich der finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen sowohl bei den Leistungsausgaben als auch bei den Verwaltungsausgaben an.

Grundsätzlich zu begrüßen

Pünktlich vor den Bundestagswahlen, so André Wendt, AfD, verabschiede die Bundesregierung ein neues Gesetz zum Unterhaltsvorschuss, das bei den Betroffenen als soziale Wohltat in Erinnerung bleiben solle. Zwar sei dieser Vorstoß grundsätzlich zu begrüßen, aber er käme viel zu spät und sei nur halbherzig umgesetzt worden. Kommunen würden finanziell weiterhin stark belastet, denn der durch das Gesetz gestiegene Verwaltungsaufwand bedeute höhere Kosten, weil der Bund seinen Eigenanteil nur äußerst marginal erhöht habe. Wenn es CDU und SPD wirklich ernst meinten, dann würden sie

das Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 2017 in Kraft treten lassen und dem AfD-Antrag, das Kindergeld nicht mehr voll, sondern nur noch zur Hälfte auf den Vorschuss anzurechnen, zustimmen.

künftig auf unbegrenzte Dauer und bis zur Volljährigkeit der Kinder gezahlt werden. Das sei ein wichtiger und auch richtiger Schritt zur Armutsvermeidung. Aber trotzdem habe die Reform des Unterhaltsvorschuss-

Ein guter Kompromiss

Wie Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, abschließend ausführte, bedeute die Erweiterung der Bezugsberechtigung und der Bezugsdauer für den Freistaat Sachsen, dass 3.600 Kinder mehr im Unterhaltsvorschussgesetz berücksichtigt würden. Kinder ab dem zwölften Lebensjahr hätten Anspruch auf Unterhaltsvorschuss,



In Sachsen werden 3.600 Kinder mehr im Unterhaltsvorschussgesetz berücksichtigt.

// Barbara Klepsch

49. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

Reform mit Haken

Armut, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, grenze Kinder im Alltag aus. Überdurchschnittlich häufig seien Kinder von alleinerziehenden Eltern davon betroffen, insbesondere dann, wenn sich ein Elternteil nicht oder nur unzureichend am Unterhalt beteilige. Der Unterhaltsvorschuss solle nun

gesetzes einen Haken, weil es bei Kindern ab zwölf Jahren nämlich nur dann einen Anspruch geben werde, wenn das Kind nicht auf Hartz IV angewiesen sei. Dennoch zeigte er sich letztendlich davon überzeugt, dass die Reform die Situation vieler bisher nicht berücksichtigter Kinder und Alleinerziehender deutlich verbessern werde.

wenn das Kind nicht Hartz-IV-Leistungsbezieher sei. Dass die Reform zum 1. Juli 2017 in Kraft trete, sei letztlich eine Forderung der Kommunen gewesen. Der Bund erhöhe seinen Anteil an den Kosten von derzeit einem Drittel auf 40 Prozent. Deshalb sage sie noch einmal Danke für den ausgehandelten Kompromiss. Sie halte das Gesetz für eine gute Novellierung im Sinne der Kinder und vor allen Dingen der Alleinerziehenden.

// Alexander Krauß



// André Schollbach



// Juliane Pfeil-Zabel



// André Wendt



// Volkmar Zschocke



www.landtag.sachsen.de



// Detlev Spangenberg, Alexander Dierks, Enrico Stange, Albrecht Pallas, Valentin Lippmann // Fotos: R. Deutscher

Wie sicher sind die Bürger in Sachsen?

AfD beklagt geringe Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen

Jeder Wohnungseinbruch, so Detlev Spangenberg, AfD, hinterlasse bei Betroffenen schwere seelische Belastungen. Die Nichtaufklärung der Taten mit dem damit einhergehenden Schreiben der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung-Einstellung tue ihr Übriges. Neben den deutschen Kriminellen, die es schon immer gegeben habe, kämen neue Täter durch die Öffnung der Grenzen und das nicht funktionierende Schengen-Abkommen hinzu. Dasselbe gelte für die fehlgeleitete Asylpolitik. Alexander Dierks, CDU, warf der AfD indessen vor, keinen substantiellen Beitrag dafür zu leisten, wie man der Probleme Herr werden könne. Allerdings sei es unstrittig, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche im Freistaat Sachsen zugenommen habe. Von 2014 bis 2015 sei ein Anstieg um 10 Prozent auf mehr als 4.200 Fälle zu verzeichnen gewesen. Die Aufklärungsquote liege bei über 20 Prozent. Das

// In der 49. Sitzung des Landtags am 2. Februar 2017 befassten sich die Abgeordneten mit der Gefahr von Wohnungseinbrüchen in Sachsen. Die Fraktion AfD hatte die Aktuelle Debatte beantragt. //

sei mehr als im Bundesdurchschnitt, aber zugegebenermaßen keine befriedigende Situation.

AfD dramatisiert

Enrico Stange, DIE LINKE, stellte klar, dass die Zahlen für Diebstähle mit Wohnungseinbruch von 1993 bis heute nicht wieder erreicht worden seien. Sachsen habe es also nicht mit einer derart dramatischen Entwicklung zu tun, wie die AfD sie herbeizubeten versuche. Bei Betrachtung der Aufklärungsquoten müsse die Personalent-

wicklung bei der Polizei in den Blick genommen werden. Diese sei tatsächlich dramatisch, was sich im Absinken der Aufklärungsquoten widerspiegle. Albrecht Pallas, SPD, stellte die Wohnungseinbrüche ins Verhältnis zur Gesamtkriminalität. 2015 habe es in Sachsen bei der gesamten Einbruchskriminalität von 75.000 Fällen 4.200 Fälle von Wohnungseinbrüchen gegeben. Die Zahl aller Straftaten habe bei über 300.000 Fällen gelegen. Die Relevanz der Wohnungseinbrüche für die Sicherheitsgesamtlage sei demnach relativ zu bewerten, auch wenn die subjektive Wahrnehmung genauso ernst genommen werden müsse.

Keine Lösungsansätze

Mit dieser Debatte, so Valentin Lippmann, GRÜNE, verfolge die AfD nicht das Ziel, Lösungsan-

Uwe Nösner

sätze zu bieten, sondern den Menschen Angst einzujagen, die in Wählerstimmen umgemünzt werden könne. Dem trete seine Fraktion entschieden entgegen. Die gestiegene Zahl der Wohnungseinbrüche liege zum Glück in Sachsen auch noch unter der des Bundes. Auch eine hohe Zahl von Wohnungseinbrüchen sei kein signifikanter Hinweis darauf, dass die Menschen in Unsicherheit lebten. Abschließend zog Markus Ulbig, Staatsminister des Innern, das Fazit, dass die Anstrengungen im Bereich der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen verstärkt werden müssten, um in diesem Bereich noch erfolgreicher zu sein. Aber der Intention der AfD, den falschen Eindruck erwecken zu wollen, dass Wohnungseinbrüche im Freistaat Sachsen eine überdimensionale Rolle spielten, müsse eine klare Abfuhr erteilt werden.



Foto: S. Giersch

// Zwei Veranstaltungen markierten im Januar den Jahresauftakt für den Sächsischen Landtag: Auf dem traditionellen Neujahrsempfang am 3. Januar 2017 rief Dr. Matthias Röbner zu einer aktiv den Wandel gestaltenden, aber auch Stabilität sichernden Politik auf, die Realitätssinn und Glaubwürdigkeit beweisen müsse. Die Gedenkstunde zum Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar wurde von der eindringlich mahnenden Rede des Auschwitz-Überlebenden Jacek Zieleniewicz geprägt. //



AKTUELLES

// Rund 350 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Medien und dem öffentlichen Leben waren am 3. Januar 2017 der Einladung zum traditionellen Neujahrsempfang des Landtagspräsidenten gefolgt. Der Auftakt des parlamentarischen Jahres fand wieder in der Lobby des Plenarsaals statt. //

Fotos: S. Füssel

Dr. Thomas Schubert

Landtagspräsident ruft zu einer kraftvollen Politik auf, die Stabilität erhält und den Wandel gestaltet

Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag



// Während des Empfangs baten Sternsinger-Kinder der Pfarrgemeinde Heilige Familie aus Dresden-Zschachwitz die Gäste um Spenden. Die Sammlung stand in diesem Jahr unter dem Motto »Gemeinsam für Gottes Schöpfung – in Kenia und weltweit!«.

aktuell spürbare Welle des Populismus, der Parlaments- und Politiker-Verachtung resultiere schließlich auch aus einer zuweilen kraftlosen Politik, die an den Alltagserfahrungen vieler Menschen vorbei rede und handle. Der Landtagspräsident appellierte deshalb an alle Gäste: »Beweisen wir mehr Wirklichkeitssinn! Erkennen und anerkennen wir Realitäten! Verdienen wir uns Glaubwürdigkeit und gewinnen wir Vertrauen zurück, indem wir Stabilität erhalten und den Wandel kraftvoll gestalten!« Landespolitik könne dies in hohem Maße.

Demokratische Ankerpunkte wichtig

In Zeiten immer schnellerer Veränderungen, in denen Populismus, Antiliberalismus und Nationalismus in die Demokratien einsickerten und die offene Gesellschaft bedrohten, seien zudem feste demokratische Ankerpunkte wichtig. Mit Blick auf das 2017 anstehende 25. Jubiläum der Sächsischen Verfassung, die am 6. Juni 1992 als erste der ostdeutschen Bundesländer in Kraft trat, verwies Dr. Röbner »auf den stabilisierenden Wert unserer Verfassung und auf die in ihr festgeschriebenen Werte«. Neben »zentralen kulturellen Pfeilern wie Sprache, Geschichte, Identität, Kultur, Heimat und Nation« verbürge auch die Verfassung Stabilität. Hier seien jedoch alle Bürgerinnen und Bürger in der Verantwortung. Denn Sachsen, so der Landtagspräsident, sei ein großartiges Land, in dem bislang sehr viel geleistet worden sei und das heute mehr Möglichkeiten biete als jemals zuvor. Damit dies auch in Zukunft so bleibe, brauche es jetzt weiterhin »Menschen, die ihre Verfassung und ihre Demokratie leben«, und es benötige »eine tatkräftige Politik, die Stabilität im Wandel ermöglicht«.

In seiner Ansprache rief der Landtagspräsident zu einer »kraftvollen Politik« auf, die im Angesicht des gegenwärtigen Zeitenbruchs voller äußerer und innerer Unsicherheiten »aktiv den Wandel gestaltet, die aber auch für Stabilität steht«. Politik müsse ebenso mutig wie nachhaltig für die Bürgerinnen und Bürger handeln und dabei auch »Mängel sowie begangene Fehler wahrnehmen und beheben«. Die



AKTUELLES

Fotos: S. Giersch

Katja Ciesluk

»Ich hätte nie gedacht, in Deutschland Freunde zu finden.«

Gedenkstunde am 27. Januar im Sächsischen Landtag

Zeitzeuge Jacek Zieliniewicz: »Unsere Sorge ist die Zukunft, eure Zukunft!«

»Ich hätte nie gedacht, in Deutschland Freunde zu finden. 50 Jahre wollte ich mit den Deutschen nichts zu tun haben. Ich habe sie verachtet«, beschreibt Zieliniewicz während der Gedenkstunde seine Gefühlslage, die ein halbes Jahrhundert seine Haltung bestimmte. »50 Jahre habe ich kein Deutsch gesprochen«, erzählt der 90-jährige Pole und meint damit im Prinzip noch viel mehr. Wie so viele hat er jahrzehntelang überhaupt nicht über seine schrecklichen Erlebnisse gesprochen. Er sei ein »Feind zwischen Feinden gewesen« – heute sei er »ein Freund zwischen Freunden«. Zieliniewicz spricht leise, aber mit fester

Stimme. Die Zuhörer sind sichtlich ergriffen, nicht nur als er vom Leben und vom Sterben in den Lagern berichtet. Sein Schweigen brach der Zeitzeuge 1995 – eine Einladung ins ehemalige KZ Dautmergen markierte den Wendepunkt. Seit er hat es sich Jacek Zieliniewicz zur Aufgabe gemacht, seine Erinnerungen weiterzugeben. Er war 17, als er im August 1943 verhaftet wurde – die Gründe für die Verhaftung hat er nie erfahren. Er überlebte die Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau

und Dautmergen. // Mit Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen gedachten die Menschen am 27. Januar, dem internationalen Holocaust-Gedenktag, der Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Der Sächsische Landtag und die Staatsregierung luden zu einer Gedenkstunde in den Plenarsaal des Landtags. Mehr als 350 Gäste, darunter Abgeordnete, Mitglieder der Staatsregierung, Vertreter von Kirchen, Religionsgemeinschaften und Opferverbänden, Schüler sowie Repräsentanten des öffentlichen Lebens, verfolgten die Gedenkrede von Jacek Zieliniewicz, einem Überlebenden der Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau und Dautmergen. //

// Jacek Zieliniewicz



und Dautmergen sowie die Todesmärsche kurz vor Kriegsende. Mit 19 Jahren kehrte er als Überlebender in seine polnische Heimat zurück, er arbeitete als Ingenieur, gründete eine Familie, führte ein »normales« Leben – die Erinnerungen an die Kriegsjahre tief im Gedächtnis eingeschlossen.

Heute spricht Zieliniewicz über sein Schicksal, vor allem an polnischen und deutschen Schulen – damit es Mahnung sei, Mahnung für ein »Nie wieder!«. »Jedes Jahr sind wir in deutschen Schulen. Jedes Jahr sind wir da.« Wenn er »wir« sagt, meint er die wenigen noch lebenden Zeitzeugen. »Unsere Sorge ist die Zukunft, eure Zukunft!«, wendet er sich an die Schülerinnen und Schüler des St.-Benno-Gymnasiums sowie des Gymnasiums Bürgerwiese (beide Dresden), die die Gedenkstunde im Plenarsaal verfolgen.



// Dr. Matthias Rößler

Landtagspräsident Rößler: »Mit dem Erinnern nicht aufhören«

Es sei der frühere Bundespräsident Roman Herzog gewesen, der 1996 den 27. Januar als bundesweiten Gedenktag ins Leben gerufen habe, als einen wirklichen Tag des Gedenkens, ja des Nachdenkens, sagte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler zu Beginn der Veranstaltung und betonte, wie »unermesslich wichtig« dessen Handeln gewesen sei. Roman Herzog habe die Deutschen auf diese Weise an ihre historische Verantwortung erinnert, mit dem Erinnern nicht aufzuhören und Lehren für die Zukunft zu ziehen. Wenn »schon an den einstigen Orten des Terrors zunehmend die Spuren verwischen«, so der Landtagspräsident, dürfe das nie beim Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus geschehen. Die Opfer und das Wissen der Überlebenden, das Erlebniswissen über Diktatur, Gewalt-

Ministerpräsident Tillich: »Wer Begriffe aus der NS-Zeit benutzt, überschreitet eine rote Linie.«

»Das Sprechen über Auschwitz ist schwer und notwendig zugleich«, sagte auch Ministerpräsident Stanislaw Tillich. »Gedenken und Erinnerung sind wichtig und dürfen nicht aufhören. Das ist unser Auftrag, das ist unsere Verantwortung,



// Stanislaw Tillich

die wir als Deutsche in besonderer Weise aus unserer Geschichte auferlegt bekommen.« Tillich äußerte sich ebenfalls besorgt über verblassendes historisches Wissen und mahnte einen verantwortlichen Umgang mit Geschichte an. Ein sensibles Messinstrument hierfür sei die Sprache. »Wer Begriffe aus der NS-Zeit benutzt, überschreitet eine rote Linie. Er bedient sich einer Sprache, die spaltet und verunglimpft, die ausgrenzt und diffamiert, die abwertet und demütigt, die polarisiert und ausschließt, die abspricht und entrechtet.« Dem, so Tillich, müssten wir widersprechen, indem wir eine andere Sprache sprechen: »die Sprache des Grundgesetzes, der Freiheit und der Menschenrechte, der Demokratie und des Rechtsstaats – oder schlicht der Mitmenschlichkeit«.

Landesbühnen Sachsen: »Das Tagebuch der Anne Frank«

Ausschnitte aus der Mono-Oper »Das Tagebuch der Anne Frank« von Grigori Frid rundeten die Gedenkstunde künstlerisch ab. Die Landesbühnen Sachsen haben das weltbekannte Schicksal der jungen Anne Frank als Klassenzimmerstück aktuell neu inszeniert. Sopranistin Miriam Sabba verschafft darin der Stimme Anne Franks eindrucksvoll Gehör – nicht nur vor jungem Publikum. Anne Franks Tagebucheinträge aus der Zeit ihres Unterschlupfs in einem Amsterdamer Hinterhaus von 1942 bis zu ihrer Verhaftung im August 1944 durch die Gestapo, ihre »Briefe« an die fiktive Freundin Kitty, tragen wie kaum ein anderes Werk die zeitlose Botschaft von Frieden, Gerechtigkeit und Humanismus an jede Generation neu in die Welt hinaus.

Hintergrund zum Gedenktag 27. Januar

Der 27. Januar ist internationaler Gedenktag zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Seit 2006 gedenken der Sächsische Landtag und die Staatsregierung jedes Jahr an diesem Tag der Opfer mit einer gemeinsamen Veranstaltung im Plenarsaal des Sächsischen Landtags.

Alle Reden der Gedenkstunde sowie das vollständige Interview mit Jacek Zieliniewicz (s. rechte Seite) erscheinen als Gedenkschrift zum Nachlesen.



Fotos: S. Giersch

// Im Anschluss an die Gedenkstunde sprach der Schüler Paul Günther (15 Jahre, Gymnasium Bürgerwiese), der zuvor die Veranstaltung verfolgt hatte, mit dem 90-jährigen Zeitzeugen. //



Herr Zieliniewicz, Sie sind heute hier in einer geschichtsträchtigen Stadt an einem besonderen Datum. Was bedeutet es Ihnen, an diesem Tag hier zu sein?

Das Wichtigste ist, dass ich als ein Freund zu Freunden gekommen bin. Ich bin heute zum vierten Mal in Dresden. Das erste Mal war ich kurz nach Kriegsende hier. Da war alles zerstört. An den damaligen Besuch im Zwinger kann ich mich noch heute erinnern. Danach war ich oft im Westen Deutschlands unterwegs. In der jüngsten Ver-

gangenheit war ich mehrfach gerne in Sachsen. Hier habe ich auch viele Freunde gefunden.

Was war der Anlass Ihrer Reisen in den Freistaat?

Seit zweieinhalb Jahren nehme ich an den Zeitzeugengesprächen des Maximilian-Kolbe-Werkes teil. Das Maximilian-Kolbe-Werk organisiert etwa Besuche von KZ- und Ghettoüberlebenden an sächsischen Schulen. Hier ermuntern wir die jungen Menschen in persönlichen Gesprächen, sich gegen Intoleranz und Fremdenfeind-

lichkeit zu wehren. Sie sollen für eine friedliche Zukunft eintreten.

Wir waren heute als Schulklasse im Landtag. Welche Erfahrungen geben Sie an Jugendliche weiter? Was möchten Sie den jungen Menschen vermitteln?

Ich möchte die jungen Leute an meinem Schicksal teilhaben lassen. Die Nachgeborenen des Krieges haben keine Ahnung, wie Krieg ist, wie das Leben im Krieg ist und wie es im Lager war. Sie sollen jetzt das normale Leben kennenlernen, auch sagen: Das war nicht so gut. Es ist ihre Freiheit. Damals war das nicht so. Nie wieder Krieg! Frieden, Freiheit und Freundschaft sind das Wichtigste!

Auch in der Gegenwart gibt es leider Kriege. Was empfinden Sie, wenn Sie Nachrichten über Kriegsgebiete sehen?

Ihr jungen Leute müsst dafür sorgen, dass es künftig keine Kriege mehr gibt! Es ist eure Verantwortung. Wie lange werde ich noch leben? Einen Monat? Vielleicht ein Jahr? Ihr seid die

Zukunft und ihr müsst sie selbst in die Hand nehmen. Der Erste Weltkrieg kostete zehn Millionen Opfer, der Zweite Weltkrieg kostete 55 Millionen Opfer, was, wenn ein dritter Weltkrieg kommt? Wird dann noch jemand überleben, der die Zahl der Opfer errechnen kann?

Wenn Sie sagen, dass wir verantwortlich sind für das, was in Zukunft passiert, haben Sie Angst, dass es noch einmal zu einem Weltkrieg kommen könnte?

Für mich gibt es keine Angst mehr. Aber ich habe ein bisschen Angst um die jungen Leute. Ich habe Töchter, Enkel- und Urenkelkinder, und ihr jungen Leute seid auch meine Kinder und Enkelkinder. Meine Sorgen gelten allen jungen Leuten in Polen, in Deutschland, in Europa und überall auf der Welt.

Ich danke Ihnen vielmals, dass Sie meine Fragen beantwortet haben. Ich wünsche Ihnen noch eine schöne Zeit in Dresden und eine gute Heimreise.

»Respektvoller Umgang im politischen Streit«

Vortrag und Gespräch
bei Dresdner Gesprächskreis
im Ständehaus
am 31. Januar 2017

Dr. Thomas Schubert



// Prof. Dr. Norbert Lammert // Fotos O. Killig

// Im Rahmen der Reihe »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« lädt Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner regelmäßig hochkarätige Persönlichkeiten nach Dresden ein, um aktuelle gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Die Veranstaltung fand diesmal in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung statt. //

gegengeschlagen waren. Am 31. Januar 2017 führte Norbert Lammert sein Weg wieder in die sächsische Landeshauptstadt, diesmal, um direkt zum Thema »Respektvoller Umgang im politischen Streit« zu referieren.

In seiner Einführung bemerkte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner, dass es um die Kultur

des politischen Mit- und Gegen-einanders derzeit in Deutschland nicht zum Besten stehe. Im Internet werde »gehetzt und gepöbelt«, Feindbilder erstarken in der Gesellschaft und mit Worten wie »Volksverräter« sei bei manch einem die Sprache vergangener Zeiten zurückgekehrt. Da die Art, »wie wir poli-

tisch miteinander streiten, Rückschlüsse auf die Art unseres Handelns« erlaube, so Röbner, lasse »eine von Feindseligkeit und Verunglimpfung durchzogene politische Radikalsprache nichts Gutes vermuten«. Umso wichtiger sei daher eine auf dem Boden der Verfassung stehende zivilisierte Streitkultur, die weder intolerant noch indifferent sei.

Kein Anspruch auf die Wahrheit

Seine Ausführungen zum Thema des Abends leitete Bundestagspräsident Lammert mit Überlegungen zum Kern des Politischen ein. In einer Demokratie könne niemand für seine Überzeugungen, Meinungen und Interessen einen Absolutheitsanspruch erheben. Der »Verzicht auf Wahrheitsansprüche« sei die logische Voraussetzung für jedes demokratische Handeln und die Basis für einen respektvollen politischen Umgang miteinander.

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT



DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS

Nicht Freund-Feind-Denken und die Zerstörung des politischen Gegners, sondern politische Konkurrenz und Verständigung auf mehrheitsfähige Positionen kennzeichneten den Kern des Politischen in einer Demokratie.

Danach kam Norbert Lammert auf den gegenseitigen Umgang im politischen Streit zu sprechen. Es grassiere ein »Unterbietungswettbewerb«, der sich besonders in der politischen Auseinandersetzung in den Sozialen Medien widerspiegele. Das früher Unsägliche sei hier »längst sagbar geworden«. Mehr und mehr bleibe es zudem nicht bei »rhetorischen Entgleisungen«. »Faktische Übergriffe«

auslösen könnten. Heute bestehe in unserem Land jedoch seit Langem eine »erstaunliche Balance« zwischen dem »natürlichen Konkurrenzreflex« einerseits und der »Kompromissfähigkeit« von Parteien und Politikern andererseits, die oft zu gemeinsamen Lösungen führe. Diese glückliche Errungenschaft des politischen Systems erzeuge aber zugleich ein Gefühl des »Nicht-vertreten-Seins« in Teilen der Gesellschaft – und damit ein ernstes Dilemma, wie der Bundestagspräsident zu bedenken gab. »Wenn Parlamente nicht mehr als Orte des Streits und der Empörung wahrgenommen werden, dann werden die Straßen und Plätze Orte des Streits und der Empörung.«

Zu viele Demokraten sind zu oft zu bequem

Norbert Lammert erinnerte daher an einen Satz von Theodor Heuss: »Demokratie ist nie bequem.« Und er fügte hinzu: »Wir sollten nicht als gegeben hinnehmen, dass zu viele Demokraten zu oft zu bequem sind. Nur durch die Bereitschaft, diese Staatsform so ernst zu nehmen, wie sie es verdient,



// Frank Richter

auf Mandatsträger oder Abgeordnetenbüros seien an der Tagesordnung; eine Entwicklung, die man ernst nehmen müsse. Versage etwa die Selbstregulierung der Sozialen Medien, dann müssten Gesetzgeber wie Justiz handeln. Denn das Internet sei der »mit Abstand wichtigste Katalysator« der »Verrohungstendenzen in unserer Gesellschaft«.

Deutschland habe während der Weimarer Republik die »Selbstdemontageeffekte einer parlamentarischen Demokratie« erlebt, die Freund-Feind-Verhältnisse im Politischen



können die Vorzüge von Freiheit und Selbstbestimmung und Partizipation auf Dauer erhalten werden.«

Anschließend erlebten die über 100 Gäste ein anregendes Gespräch zwischen Norbert Lammert und Frank Richter, der an diesem 31. Januar seinen letzten Arbeitstag als Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung hatte. Auf die Frage, wie sich die aggressive Konfrontation auswirkt, die Politikern entgegenschlägt, sorgte sich Lammert weniger um die »künftige Besetzbarkeit von Landtagen und Bundestag« als vielmehr um die mit Abstand

verheerenderen Folgewirkungen für die Bereitschaft, ehrenamtliche Kommunalmandate wahrzunehmen. Nach den Ursachen der Wut und des Hasses gefragt, sprach sich der Präsident des Deutschen Bundestages gegen eine Generalerklärung und für den Detailblick aus. Nicht ohne Unterton verwies er auch auf »eine Art von Übermut«. Viele Deutsche hielten das seit dem Zweiten Weltkrieg Errungene für »eine schiere Selbstverständlichkeit« und jede »auch nur befürchtete Bedrohung dieses vermeintlich göttlichen ewigen Zustandes für eine Zumutung«. Entsprechend beantwortete Lammert die Schlussfrage, ob die deutsche Demokratie ihren momentanen Herausforderungen standhalte, mit: »Das hängt von uns allen ab.«

Die Rede- und Diskussionsbeiträge des Gesprächskreises erscheinen als Heft im Rahmen der DIALOG-Reihe für Sie zum Nachlesen.



Dr. Thomas Schubert

»Bürger und Demokratie« – Legitimation

// Obgleich allerorts von Demokratie gesprochen wird, geraten oftmals Grundprinzipien, auf denen unsere parlamentarische Demokratie beruht und die für deren Verstehen und Akzeptanz zentral sind, aus dem Blickfeld. Das gilt besonders für das Verhältnis von Bürgern und Demokratie, für die gelebte Volkssouveränität, in der die Bürger ihre Demokratie ausformen. Die Artikelserie rückt dieses Verhältnis in den Mittelpunkt, indem sie vier Prinzipien nachgeht: »Partizipation«, »Repräsentation«, »Delegation« und »Legitimation«. //

Foto: Christian Schwier / Fotolia



Im demokratischen Verfassungsstaat, über zwei Jahrhunderte hinweg ausgeformt und errichtet auf einem Gerüst aus Werten und Rechten, gehen Konstitutionalismus und Demokratie eine sich ergänzende Beziehung ein. Auch in der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland verbindet sich das Prinzip der Volks- mit dem der Verfassungssouveränität. Wie in fast allen modernen Demokratien wird so die vom Volk ausgehende Staatsgewalt durch eine Verfassung begrenzt.¹

Diese Begrenzung entsteht nicht von selbst. Sie ist das Ergebnis eines verfassungsgebenden Prozesses, an dessen Ende das Volk selbst bzw. eine von ihm zu diesem Zweck bestimmte Volksvertretung die für alle gültige Verfassung be-

schließt und sie damit legitimiert. Für alle gültig heißt, die Verfassung ist das (wiewohl veränderbare) Letztverbindliche in einer Demokratie. Die in ihr verankerten Werte, Normen und Institutionen sichern Legitimation ab; ihnen ordnen sich aber alle gleichermaßen unter – Repräsentanten wie Repräsentierte.

Das Volk bleibt auf Basis der Verfassung die höchste Instanz zur Legitimation von Herrschaft und der »Träger des Demokratieprinzips«. Am deutlichsten wird das bei Parlamentswahlen sichtbar. »Wahlen sind das zentrale Legitimationsmittel in der Demokratie.«² Die Bürger stehen als Wahlvolk am Anfang der Legitimationskette, indem sie periodisch, d.h. in geregelten Zeitabständen, über die politische Zusammensetzung der

Parlamente entscheiden und diesen einen Auftrag zur Regierungsbildung erteilen. Die Parlamente selbst sind dann bis zu einer erneuten Wahl legitimiert, ob das dem Einzelnen passt oder nicht. Der Verfassungsrahmen ordnet also die Legitimationsmacht des Volkes. Und er begrenzt sie.

Legitimation und Legitimität

Während die Legitimation die in der Verfassung konkretisierte bzw. formelle Rechtfertigung eines Staates oder eines Staatsorgans für sein Handeln meint, sehen wir uns bei der Legitimität mit einer dynamischen Kategorie konfrontiert, einer Art »inneren« Rechtmäßigkeit der demokratisch-konstitutionellen Institutionen, die auf der gesellschaftlichen Anerkennung von Herrschaft als rechters basiert.³ Die Bürger stimmen der politischen Ordnung, die im Falle der verfassten Demokratie u. a. auf Prinzipien wie Pluralismus, Partizipation oder Rechtsstaatlichkeit beruht, aus freier Überzeugung zu und akzeptieren ihre Entscheidungen als allgemeinverbindlich. Legitimität wird somit zugesprochen.

Dies trennt sie von der formellen Legitimation, die ihrerseits jedoch durch die Legitimität politischen wie staatlichen Handelns untermauert werden muss. Das heißt, Demokratien tragen aktiv zu ihrer Anerkennung bei. Verstößt eine Regierung etwa gegen die Verfassung oder gegen grundlegende Werte und Prinzipien der Gemeinschaft, so ereilt sie bei der nächsten Wahl unter Umständen der Machtverlust. Zudem kann es zu einem generellen Akzeptanzverlust kommen, der tiefer reicht, indem er die Legitimität der Demokratie unterspült. Im schlimmsten Fall werden dann Gerichtsurteile durch die Gemeinschaft nicht mehr anerkannt, werden staatliche Institutionen (z. B. Parlamente, Polizei) verachtet und Gesetze ignoriert.



Foto: Paulista / Fotolia

Die demokratische Herausforderung

Legitimationsdebatten sind in einer Demokratie nicht ungewöhnlich, vielmehr sind sie Teil ihrer ständigen Fortentwicklung. Man denke etwa an die deutsche Diskussion über mehr direkte Mitbestimmung der Bürger. Legitimitätskrisen sind hingegen bedrohlich. Der demokratische Verfassungsstaat in Deutschland steckt in keiner solchen akuten Krise. Er verliert jedoch – nicht als Idee, sondern als Realität – zunehmend an Akzeptanz bei seinen Bürgern und offenbart so Legitimitätsdefizite. Das Ansehen der demokratischen Institutionen und die Verbundenheit mit ihnen schwindet, die Verfassungskultur ist in einigen Teilen des Landes nur gering ausgeprägt, die Wahlbeteiligung sinkt seit Jahren, während der Glaube an sogenannte »Expertenregierungen« gedeiht, die scheinbar rational und effizient handeln, freilich aber keiner politischen Verantwortlichkeit unterliegen.⁴

Genau hier liegt die Herausforderung für den demokratischen Verfassungsstaat. Er muss seine Vorzüge und damit

seine Existenzberechtigung immer wieder aufs Neue unter Beweis stellen und so Legitimität erzeugen. Die Argumente für ihn, für eine offene Gesellschaft mit politischen Beteiligungsrechten, für Pluralismus und Rechtsstaat, für Gewaltenteilung und -kontrolle, sind stark, wenn auch nicht unantastbar. Weder verfügt er über eine Legitimation »von Gottes Gnaden«, wie Monarchien es für sich beanspruch(t)en, noch haben wir es mit einer alles überspannenden Ideologie zu tun, die ausschließlich einer historischen Bestimmtheit, einem Führer oder dem göttlichen Gesetz folgt.

Was selbstverständlich sein sollte, nämlich der Vorzug der offenen Gesellschaft, ist es leider nicht. Und das betrifft nicht nur Extremisten, die es in jedem demokratischen Verfassungsstaat als Resultat der dort herrschenden Freiheit gibt. Das betrifft auch jene Bürger, die die moderne Demokratie nicht als »beschränkte Mehrheitsherrschaft« (Giovanni Sartori) akzeptieren. Sie geben als nicht legitimierte Gruppen vor, für das Volk zu sprechen (gegen »die da oben«), pochen auf die rigorose Umsetzung ihrer Minderheitenwillen und negieren

so das Wesen der verfassten Demokratie.

Für deren Gelingen ist jeder mitverantwortlich, benötigt sie doch eine ihr zugeneigte politische Kultur in der Bevölkerung.



Foto: Photocreatief / Fotolia

Sie bedarf der Bereitschaft zur Beteiligung ebenso wie der zur kritischen Loyalität. Wer unzufrieden mit dem politischen Prozess ist, wer einzelne politische Entscheidungen ablehnt, wer überstimmt wurde, wer sich nicht durch eine Parlamentspartei repräsentiert fühlt, für den hält die verfasste Demokratie mannigfaltige Möglichkeiten bereit, diesen Zustand zu thematisieren und zu verändern. Der Schluss, in einem solchen

Fall die Legitimität des demokratischen Verfassungsstaates insgesamt und die Legitimation seiner Institutionen in Zweifel zu ziehen, ist stets ein gefährlicher Trugschluss.

- 1 Vgl. Birgit Enzmann: Der Demokratische Verfassungsstaat, Wiesbaden 2012.
- 2 Oliver Lepsius: Der »Wille« des Volkes ist nicht in Stein gemeißelt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. November 2016.
- 3 Vgl. Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik, 2. Aufl., Stuttgart 2004, S. 411–413.
- 4 Die Sozialwissenschaften sprechen von einem »Legitimitätsglauben«, den die grundlegenden staatlichen Strukturen erzeugen müssen, wollen sie auf dauerhafte Akzeptanz stoßen. Vgl. Tom Mannewitz: Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat, Baden-Baden 2015, S. 231–242.



Fotos: O. Killig



Martina Findeisen

HALTUNGEN

Positionen sächsischer Fotografie der Gegenwart



// Vom 12. Januar bis 22. Februar 2017 war im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die Ausstellung »HALTUNGEN – Positionen sächsischer Fotografie der Gegenwart« zu sehen. Sie ist ein Projekt des Neuen Sächsischen Kunstvereins e. V. aus der Serie »Menschen des 21. Jahrhunderts«. Eröffnet wurde sie am 11. Januar durch die Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois, den Vorstandsvorsitzenden des Neuen Sächsischen Kunstvereins e. V., Frank Wallburger, und die Kuratorin Karin Weber. //

»Haltung und Position entscheidet in der Fotografie – wie in jeder hohen Schule der Kunst – über alles«, betonte Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois in ihrer Begrüßungsansprache und setzte fort: »Sächsische Fotografen haben sich in Position gebracht, um ihre persönlichen Haltungen deutlich zu machen und uns zu ermutigen, ebenfalls Haltung zu zeigen zu den sichtbaren Problemen oder bewegenden Motiven unserer Zeit.« Sie teile die Auffassung, dass die Fotografie als Kunstform immer auch in ihrem Verhältnis zur Welterkenntnis und Weltaneignung, zur Weltbewahrung und Weltveränderung gesehen, bewertet und gewürdigt werden müsse.

Bereits mit dem Vorsatz, Haltung zu zeigen, wie es der Titel dieser Ausstellung nahelege, stünden wir mitten in einem Bereich, der als Weltanschauung bezeichnet werden könne. Das gelte für Fotografen und Betrachter gleichermaßen.

Bildwelt und Weltbild – zwei Seiten einer Medaille

Nach ihrer Auffassung führe uns die Kenntnis der Bildwelt eines Fotografen in sein Weltbild ein. »Bildwelt und Weltbild können als zwei Seiten einer Medaille oder als zwei Pole eines kreativen Prozesses aufgefasst werden. Ein solcher Prozess verlangt immer nach einer persönlichen Position. Hinter jedem fotografischen Werk steht eine Individualität und damit eine solche weltanschauliche Position«,



so Vizepräsidentin Dombois. Dabei gehörten soziale Gebundenheit und Verantwortung sowie Toleranz gegenüber den unterschiedlichen Ausdrucksformen des Lebens von Anfang an zu den Wesensmerkmalen einer engagierten fotografischen Kunst. Das beweise uns das fotografische Schaffen der Gegenwart, wenn wir dazu bereit seien, uns in einen Dialog mit den Bilderwelten und Weltbildern hineinzugeben, die heute und in den kommenden Wochen hier im Bürgerfoyer zu sehen sind.

Entscheidend ist der Mensch hinter der Kamera

»In Vorbereitung meiner Rede« – so der Vorsitzende des Neuen Sächsischen Kunstvereins, Frank Wallburger – »fielen mir Begriffe ein, welche in der professionellen und künstlerischen Fotografie von entscheidender Bedeutung sind, um am Ende das ganz besondere Bild oder künstlerische Werk zu schaffen. Beispielsweise ermöglicht ein großer Sensor sehr gute Qualitäten bei Farben und Details. [...] Das Spiel mit Belichtungszeiten, Blenden, ISO und Fokus bei stehenden oder sich bewegenden Motiven liefert emotionale Spannungsfelder durch Schärfe und Unschärfe, Licht und Schatten, Farbbrillanz und Rauschen. Es bedarf zum Teil recht hoher Investitionen, ebenso viel Zeit für das Erlernen und Anwenden dieser Technik. Es ist aber der Mensch hinter der Kamera mit seinen Fähigkeiten, Wertevorstellungen, Eigenerlebnissen und Visionen auf seiner ständigen Suche nach genau diesem einen Augenblick, dieser erste Schritt zur Schaffung seines Meisterwerks.«

Wallburger schlug dann den Bogen von der Idee der Wiederbelebung des »alten« Sächsischen Kunstvereins nach dem Fall der Mauer über die Gründungsversammlung des Neuen Sächsischen Kunstvereins im April 1990 hin zu dessen Aktivitäten der vergangenen fast 27 Jahre. Dabei habe der Verein z.B. aktiv am Wiederaufbau des Lipsiusgebäudes, der alten Wirkungsstätte des Sächsischen Kunstvereins, mitgewirkt. Weit über 300 Ausstellungen mit nationalen und internationalen Künstlern seien kuratiert und zahllose Kunstfeste, Lesungen, Konzerte und Auktionen organisiert worden.



Visionen wurden Wirklichkeit

»Wie in allen anderen Bereichen haben sich Kunst und Kultur in Sachsen in den letzten 27 Jahren prächtig entwickelt. Viele Visionen wurden Wirklichkeit, sind scharf fokussiert und durch Tiefenschärfe freigestellt, fester Bestandteil unseres Lebens. Unsere Gründungs-generation ist mehrheitlich nicht mehr für unseren Verein aktiv. Der Staffelnstab wurde der nächsten Generation übergeben, um unsere Vereinszukunft zu gestalten. In den letzten Monaten haben wir dazu im Vorstand und mit einem jungen Projektteam an unserer Seite am Konzept einer strategischen Neuausrichtung des Vereins mit neuen Visionen, mittelfristigen Zielen und innovativen Projekten in naher Zukunft gearbeitet. Am Anfang steht die Idee, die Innovation, die Unschärfe, aber auch die Fokussierung auf den darauf gerichteten Weg. Wir wollen und werden ihn begehbar machen mithilfe von Investitionen, hoch motivierten Teams und innovativen Kooperationsmodellen«, konstatierte Wallburger.

Die Kuratorin Karin Weber stellte abschließend die anwesenden Fotografen vor, dankte ihnen für die Unterstützung des Ausstellungsprojektes und lud dann zum Rundgang durch die Ausstellung ein.



// Detlev Graf von Einsiedel, vor 1813, Anton Graff
Quelle: Heydick/Hoppe/John u. a.:
Historischer Führer. Leipzig u. a. 1982, S. 287

Dr. Silke Marburg

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Der Meißner Stiftssyndikus
Dr. Pauli übernimmt
die Geschäftsführung des
Ersten Corpus auf dem
Landtag 1817/1818

wo die Zettel [...] angeheftet werden würden, bereits mit Kreyde kenntlich gemacht waren. Er erhielt vom Unterzeichneten das hergebrachte Douceur von –, 8. g., – nebst der Anweisung, die Sitze hinter den Stühlen der Herren Prälaten für die Syndicen loszuschließen, und Veranstaltung zu treffen, daß diese von den Besitzern während des Landtags nicht betreten würden.« Die Sitzplätze in der Sophienkirche waren nämlich fest vergeben und wurden nur während der Landtage den Ständevertretern zugewiesen. Bevor Pauli Rücksprache mit von Hartitzsch nahm,



// Meißen um 1805, Christian Gottlob Hammer
Quelle: <http://www.deutschefotothek.de/documents/obj/70301742>

»3. Kisten, in welche das Archiv eingepackt war«.

Am 13. Oktober 1817 reiste Dr. Friedrich Salomo Pauli von Meißen nach Dresden, wo am 19. Oktober der Landtag beginnen sollte. Als Syndikus des Domstifts bestand seine Aufgabe für die kommenden Monate darin, die Geschäfte der ersten Kurie des Landtags abzuwickeln. Denn der Vorsitz und die organisatorische Leitung dieser Kurie – des Kollegiums der Prälaten, Grafen und Herren – lagen traditionell beim Domstift Meißen. Syndikus Pauli hatte das Protokoll zu führen und die Schriften auszuarbeiten. Offiziell vertreten wurde das Stift auf dem Landtag hingegen durch seinen Dechanten Detlev Graf von Einsiedel, einen der mächtigsten Männer des Königreichs Sachsen. Der Eisenhütten-Unternehmer war seit 1813 Kabinettsminister. 1815 vertrat er das Königreich auf dem Wiener Kongress. Seit 1799 war er Mitglied der Ritterschaft gewesen, bevor er 1811 für das Stift Meißen ins erste Corpus wechselte. Da Graf Einsiedel auch während des Landtags häufig durch Regierungsgeschäfte abgehalten wurde, hatte das Stift einen anderen Domherrn als Kondepu-

tierten nominiert, den Kammerherrn, Hof- und Justizrat Georg Heinrich von Hartitzsch.

Als Paulis Kutsche vor dem Quartier An der Frauenkirche Nr. 675 vorfuhr, war der Glöckner Leyler mit seinem Zweispänner bereits eingetroffen. Er brachte das Landtagsarchiv des Stifts. »Leyler war es auch, der mit Hilfe zweyer Ablader, die Akten einzeln aus den Kisten herauf in die Stube trug und für Aufbewahrung der 3. Kisten, in welche das Archiv eingepackt war, einen Platz auf dene Boden auszumitteln sich bemühte, in dem der Raum in dem Quartiere viel zu beschränkt war, um diese Kisten daselbst aufstellen zu können.« Am folgenden Tag bemühte sich Pauli zunächst darum, die Akten zu ordnen. »Den übrigen Theil des Tages bis tief in die Nacht wandte er dazu an, um sich [...] mit den Eigenthümlichkeiten des Geschäftsganges, dem Ceremoniell und der Landtags-Verfassung, besonders auch der Observanz und den Verhältnissen des Collegiums jener ersten Klasse der Landstände [...] noch vertrauter zu machen, zumal, da er allein stand, und von keiner Seite her

eine Anleitung erwarten durfte.« Pauli war nämlich zum ersten Mal auf einem Landtag dabei. Sein gewissenhaftes Protokoll zeugt von Neulingseifer und zeichnet ein lebendiges Bild des Landtagsgeschehens.

Am zweiten Tag machte Pauli seine Aufwartung bei »seinem« Deputierten Graf Einsiedel und holte sich Instruktionen ab: Da von Einsiedel bei der Landtagseröffnung nicht als Abgeordneter erscheinen würde, sondern als Minister im Gefolge des Königs, sollte von Hartitzsch das Stift vertreten. Alles sollte möglichst nach hergebrachtem Schema ablaufen. Pauli möge im Oberhofmarschallamt auch die zeremonielle Platzierung erfragen. »Denn bis jetzt sey das Collegium der Prälaten, Grafen und Herren so noch nicht aufgelöset, vielmehr bleibe alles bey der zeitherigen Einrichtung und Landtags-Verfassung, nur, daß die Ober-Laufztzchen Stände zu dieser allgemeinen Landes-Versammlung mit zugezogen wären.« Dieser erste Landtag nach dem Wiener Kongress führte gewissermaßen ein »Restkönigreich« zusammen, d. h. die Vertreter jener Teile der

Erblände und der Oberlausitz, die nicht an Preußen abgetreten worden waren. Daher standen auch für den Landtag selbst Veränderungen im Raum.

Im engeren Zirkel

Es folgte eine Visite bei von Hartitzsch. Dann ging Pauli ins Oberhofmarschallamt, um sich einzuschreiben und die Platzierung für die bevorstehenden Feierlichkeiten entgegenzunehmen. Als Syndikus war sein Platz jeweils hinter dem Stuhl des Stiftmeißnischen Abgeordneten. Er durfte also bei der Landtagseröffnung mit in die Schranken eintreten, die den engeren Zirkel der vornehmsten Landtagsteilnehmer markierten. Pauli lieferte seine Vollmacht in der Geheimen Kanzlei ab, erkundigte sich im Landhaus nach dem Sitzungszimmer und begab sich schließlich in die evangelische Hofkirche, wo die Eröffnungszereemonie starten sollte. »Noch waren zwar daselbst die Stände durch besondere aufzuheftende Zettel, nicht bezeichnet doch wies der Kirchner nach, daß die Stellen,

schrieb er einen Bericht für Einsiedel und legte die Unterlagen über das Zeremoniell bei.

»Denn Se: Excellenz waren entschlossen, bey diesen Audienzen das Stift selbst zu vertreten.« Am nächsten Tag prüfte Pauli in der Kirche und im Landhaus die Fortschritte der Vorbereitungen.

Am 19. Oktober war es dann so weit. Die Landtagseröffnung begann mit der Predigt des Hofpredigers Christoph von Ammon in der Sophienkirche. Dazu nahm das erste Corpus seine Plätze auf der Empore ein. Allerdings blieb »der 2te. Stuhl, rechts nach der Orgel zu [...] unbesetzt, weil der Herr Dekan des Stifts Bautzen, der sich bekanntlich zur katholischen Religion bekennt, dem Gottesdienste nicht beywohnte.«

Nachmittags folgte die Zereemonie im Schloss. Dazu erschienen »Se[ine] Hochwürdig[en] der Herr Domherr von Hartitzsch und der Unterzeichnete durchaus schwarz gekleidet, seidnen Strümpfen und Unterkleidern und mit Degen«. An salutierenden Garden vorbei zog man in den Audienzsaal ein. »Der Herr Domherr von

Hartitzsch, welcher auch bey Zuge nach dem Audienzsaal voraufging, occupirten den ersten der beyden rothsamtenen und vergoldeten Stühle rechter Hand des Throns so, daß er dem Throne zu nächst zu stehen kam.« Diesmal nahm der Bautzener Bischof seinen Platz tatsächlich ein. Zum Schluss erschien der König mit Gefolge. Konferenzminister Hans Ernst von Globig hielt eine Rede. Seitens der Stände antwortete der Erbmarschallamtsverweser Johann Georg Friedrich Freiherr von Friesen. Pauli bemerkte allerdings: »Zu bedauern war, daß der Inhalt beyder Reden für die Zuhörer verloren gieng. Denn beyde sprachen zu leise.« Es folgte der Handkuss beim König durch den Erbmarschallamtsverweser und fünf weitere Stände. Alle Beteiligten entfernten sich danach wieder in streng beachteter Ordnung. »Ihre Maj[estät] die Königin und die übrigen Hohen Herrschaften [zogen] mit ihrem Hofstaate, unter Vortritt des Herrn Haußmarschalls Grafens von Loß aus einem Seiten-Zimmer durch den Saal [...] und [unterhielten] sich mit den noch anwesenden

fremden Gesandten, welche der Feyerlichkeit beygewohnt hatten, und den Herren Prälaten und Grafen.« Abends erhielt der Syndikus wieder Instruktion.

Zur ersten Sitzung

Zur ersten Sitzung eilte Pauli frühzeitig ins Landhaus und war erleichtert: »Er fand indeß bey seiner Ankunft Alles in der gehörigen Ordnung. Das Sitzungszimmer war das nemliche was schon vorhin bey den allgemeinen Landes-Versammlungen dem Collegium der Prälaten Grafen und Herren eingeräumt worden war, nemlich No: 12 in der Hauptetage rechter Hand. Ein Conferenz-Zimmer war eben auch diesmal nicht verwilligt, [...] Die Sessions-Tafel war mit grünem Tuch bedeckt, auch mit der Sanduhr, der Handklocke, Dintenfassern, Streusand-Büchsen, Papier, Scheeren, Federmessern, Bleystiften, ingleichen rother Dinte, Lineal, Sieglack und ledern belegt. Auch der Schranck zur Aufbewahrung der Landtagsschriften ließ sich wieder finden. Dagegen vermißte der Unterzeichnete die sonst

gewöhnlichen Zettel, wodurch jedem Mitgliede seine Stelle an der Sessions-Tafel angewiesen wird, so daß er sie selbst fertigen lassen [...] und auflegen mußte. «

Das neue Mitglied des Korpus, das Domstift Bautzen, hatte den Platz nach dem Domstift Meißen erhalten. Es folgten die Herren von Solms-Wildenfels, die sich durch einen Amtmann vertreten ließen, und abschließend ein Vertreter des Hauses Schönburg. Das Gremium bestand also nur noch aus vier Parteien. Das wirkte sich auch auf die geringere Höhe der Almosen aus sowie auf die Trinkgelder für Bedienstete. Diesmal hatten sich bei Pauli 69 Almosengesuche angesammelt, über die er gegen Ende der Sitzungsperiode Bericht erstattete. Das Korpus überließ der Armenkommission eine Summe, um diese an die Bittsteller zu verteilen.

Der Meißner Stiftssyndikus Dr. Friedrich Pauli arbeitete sich hervorragend in die neuen Geschäfte ein. Nachdem der Landtag am 24. Juni beendet war, sorgte er für die restlichen Erledigungen, ließ das Landtagsarchiv wieder einpacken und machte seine Abschiedsvisiten. Am 27. Juni 1818 kehrte er wieder zurück nach Meißen.

Ausstellung

Ein Vierteljahrhundert Künstlergut Prösitz

Das Sächsische Künstlergut Prösitz fördert seit einem Vierteljahrhundert bildende Künstlerinnen in besonderer Weise. In jedem Jahr werden acht Stipendien vergeben. Damit arbeiten – ausgewählt von einer Fachjury – Bildhauerinnen, Objekt- und Installationskünstlerinnen für vier Wochen im Symposium in Prösitz. Ihre Kleinkinder erfahren dort eine Tagesbetreuung. Dadurch wird die berufliche Tätigkeit der Mütter – das Kunstschaffen – vereinbar mit der Familie gefördert. Interessante, vielfältige Kunstwerke, geschaffen von über 150 Künstlerinnen aus mehr als zehn Ländern, konnten so bisher im Künstlergut entstehen. Eine Ausstellung, die vom 1. bis 29. März im Bürgerfoyer des Landtags zu sehen ist, präsentiert eine vielfältige Auswahl. Eröffnet wird die Ausstellung am 28. Februar um 18:00 Uhr.



Dokumentation zur Konferenz

»Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen« erschienen

Am 23. September 2016 kamen in der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest Wissenschaftler, Politiker, Studierende und Vertreter der Bürgergesellschaft aus ganz Mitteleuropa zum Meinungsaustausch zusammen. Die Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag widmete sich den Freiheitsrevolutionen des 20. Jahrhunderts und ihrem aktuellen Vermächtnis in Mitteleuropa genauso wie den gegenwärtigen Interessen und ihren künftigen Auswirkungen auf das Vertrauen in Mitteleuropa. Die Dokumentation finden Sie im Internet unter www.landtag.sachsen.de. Sie wird kostenfrei an Interessierte versendet.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

15. – 16.03.2017
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

11. – 12.04.2017
17. – 18.05.2017
21. – 22.06.2017
30. – 31.08.2017
27. – 28.09.2017
15. – 16.11.2017
13. – 14.12.2017

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbrief
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 10.02.2017

Gastautoren: Dr. Silke Marburg, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden